



Policy Brief | 09.07.2018

Sicherheit als öffentliches Gut

Ist Europa bereit, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen? Politiker und Bürger fordern mehr Sicherheit als öffentliches Gut – Zeit für die Finanzierung einer echten europäischen Sicherheitspolitik.

Kurz vor dem für am 11.-12. Juli stattfindenden NATO-Gipfel kritisierte der amerikanische Präsident Donald Trump, dass die EU „gegründet worden sei, um die USA zu übervorteilen“. Er hat da nicht ganz unrecht. Seit 1989 und dem Ende des Kalten Krieges profitierten die Europäer von der sogenannten „Friedensdividende“. Die meisten von ihnen reduzierten ihre Defizitfinanzierung auf deutlich unter die vereinbarten zwei Prozent des Bruttosozialprodukts. Ist Europa in der Lage, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel gefordert hatte? Der Moment ist günstig, denn sowohl Politiker in ihren Reden als auch die Bürger in Umfragen fordern mehr Sicherheit als öffentliches Gut. Diese Übereinstimmung sollte neue Türen für die Finanzierung einer echten europäischen Sicherheitspolitik öffnen.

Das Bedürfnis nach Sicherheit durchzieht heute alle einschlägigen Umfragen unter europäischen Bürgern. Eine Eurobarometer-Umfrage ergab 2017, dass 70 % der Befragten eine „verstärkte Intervention der EU“ beim Schutz der

Außengrenzen erwartet, und 68 % dies bei der Außen- und Verteidigungspolitik tun.

Die [Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2017](#) zu „The Future of Europe“ erfasst unter den „größten Herausforderungen“ mit Migration, Terrorismus sowie Sicherheit und Instabilität der Nachbarregionen unter den zehn meistgenannten Sorgen der Europäer gleich drei eindeutig außen- und sicherheitspolitisch geprägte Nennungen.

Die Antworten gleichen jenen der eupinions-Umfrage der Bertelsmann Stiftung zu [„Globalization and the EU: Threat or opportunity?“](#) vom Juli 2017. Dort firmierten unter den Prioritäten für die Politik der kommenden Jahre auf den ersten Plätzen der Kampf gegen Terrorismus, die Steuerung der Migration, der Schutz der Bürgerrechte und die Sicherung des Friedens.

Sicherheit ist für die befragten Bürger vielfach wichtiger als wirtschaftliches Wachstum oder eine bessere Ausgestaltung der Währungspolitik. Somit fordert der EU-Bürger also von seinem Staat wie vom europäischen Gemeinwesen eine

politische Antwort auf ein gewachsenes Sicherheitsbedürfnis.

Dabei sind in den Antworten die äußere und die innere Sicherheit so wenig zu trennen wie im politischen Alltag: Genau damit aber wird Sicherheit zum Gemeinwohl, zum *common good* der EU.

Der Begriff ist so alt wie ungenau und begleitet die politische Philosophie als *bonum commune*, *common good*, *bien public* seit der Antike.

„Einige anerkannte Beispiele für ein Common good in einer modernen, liberalen Demokratie sind: das Straßensystem; öffentliche Parks; Schutz durch die Polizei und die öffentliche Sicherheit; Gerichte und das Rechtssystem; öffentliche Schulen; Museen und Kultureinrichtungen; öffentlicher Verkehr; Bürgerrechte wie etwa die freie Meinungsäußerung und die Vereinsfreiheit; Eigentum; saubere Luft und sauberes Wasser; und die nationale Verteidigung“, erläutert etwa die [Stanford Encyclopedia of Philosophy](#).

Was tun nun die EU und ihre Mitgliedsstaaten heute zur Befriedigung dieses Sicherheitsbedürfnisses ihrer Bürger und damit zur besseren Ausgestaltung des Gemeinwohls?

Nirgendwo tat und tut sich die Gemeinschaft der 28 EU-Staaten mit Koordination und Kooperation, mit solidarisch ausgeübter Souveränität so schwer wie im sicherheits- und verteidigungspolitischen Feld.

Noch 2017 kam unsere Studie [„How Europe can deliver“](#) im Kapitel zur europäischen Verteidigungspolitik zu folgendem, ernüchterndem Ergebnis: „Die gegenwärtige Zersplitterung führt zu erheblichen diseconomies of scale. Beispielsweise setzen die Armen der EU-Mitgliedsstaaten derzeit 89 verschiedene Waffensysteme ein, wo den US-Streitkräften gerade einmal 27 genügen. (...) Darüber hinaus würde eine europäische Armee den Binnenmarkt für Rüstungsgüter ankurbeln.“ (S. 11)

Es fiel den EU-Mitgliedern leichter, ihre Währungen als ihre Armeen zu vergemeinschaften und zum gemeinsamen Gut, zum *common good* und zum Gegenstand des Gemeinwohls zu erklären.

Wie die Studie „How Europe can deliver“ zeigte, waren die Militärausgaben der drei größten EU-Mitglieder Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts rückläufig, gemessen

am nationalen Einkommen BIP. „Nominal stagnieren die Militärausgaben in Europa seit Jahren“, schließt die Studie (S.109).

Das ist allerdings nicht das ganze Bild. Kern des Problems sind nicht stagnierende oder sinkende Verteidigungsausgaben, die etwa Deutschland weit vor dem versprochenen Ziel von 2 Prozent des BIP für Sicherheit und Verteidigung anhalten lassen. Vielmehr zersplittern die Anstrengungen der Europäer auf vielfach sinnlose Weise. Den Zahlen des Stockholmer Sipri-Instituts zufolge geben die Briten im Jahr 2016 rund 47 Milliarden Dollar, Frankreich rund 58 Milliarden Dollar und Deutschland immer noch gut 44 Milliarden Dollar aus – allein diese drei liegen damit mit rund 150 Milliarden Dollar weit über den Rüstungsausgaben Rußlands (66 Milliarden Dollar).

Europas Machtprojektion fehlt es also nicht allein am Geld, sondern mehr noch an Glaubwürdigkeit. In Syriens Kommandostäben zittert niemand vor dieser Armee der Europäer, vom Kreml ganz zu schweigen.

Vor diesem Hintergrund liest sich der [Koalitionsvertrag](#) der schwarz-roten Koalition vom 12. März 2018 wie Selbstkritik: „Europa nutzt heute sein politisches und wirtschaftliches Potential zu wenig und mit zu geringem Selbstbewußtsein. Wir brauchen eine neue Kultur der Verantwortung, die die Glaubwürdigkeit Europas als Partner in der westlichen Welt erhöht und unsere Position gegenüber aufstrebenden Mächten stärkt.“ (S.142)

Schon ein halbes Jahr früher hatte als einer der ersten der französische Präsident Emmanuel Macron in seiner Rede in der Pariser Sorbonne am 26. September 2017 auf zügige Fortschritte der europäischen Sicherheitspolitik gedrungen (<https://de.ambafrance.org/Initiative-fur-Europa-Die-Rede-von-Staatspraesident-Macron-im-Wortlaut>). Er bewertete dabei Sicherheit eindeutig als ein *bien public*, als Gemeingut: Einen „Schlüssel der (europäischen) Souveränität“ nannte er das.

Macron: „Das erste Schlüsselement – die Grundlage jeder politischen Gemeinschaft – ist die Sicherheit. Wir erleben in Europa zweierlei Entwicklungen: einen fortschreitenden, unausweichlichen Rückzug der Vereinigten Staaten sowie ein dauerhaftes Terrorismusphänomen, das wohl unsere freien Gesellschaften zu zerschlagen sucht. Europa ist sich in diesen Bereichen endlich seiner

Schwachpunkte und der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns bewusst geworden.“

Wenige Wochen später, am 13. November 2017 unterzeichneten 23 Verteidigungsminister der EU die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) in der europäischen Verteidigungspolitik. Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen feierte dies als „weiteren Schritt in die Richtung der Armee der Europäer“.

[Antonio Missiroli](#), langjähriger Direktor des EU Institute for Security Studies Ende 2017, staunte am Jahresende 2017: „Vor einem Jahr hätte dies kaum jemand vorhergesagt, doch jetzt könnte die PESCO zum entscheidenden Faktor für die europäische Verteidigungskooperation werden. Die hektische Betriebsamkeit auf der EU-Bühne in den letzten Monaten zeugt von frischem Schwung, durch den selbst ziemlich alte Konzepte und Vorschläge eine neue Gestalt gewinnen...“.

Bringt PESCO die Wende der vielfach beschworenen, aber selten auch umgesetzten europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Machen sich die 25 unterzeichnenden Regierungen jetzt dort ans Werk, wo jahrzehntelang nur misstrauischer Müßiggang herrschte?

Skepsis muss erlaubt sein. Denn in der Vergangenheit blieb zu vieles einfach nur guter Wille und schöne Worte. Allerdings sind die Herausforderungen für die EU in jüngster Zeit spürbar gestiegen, was sich auch in den eingangs erwähnten Umfragen spiegelt: Die Unberechenbarkeit des neuen amerikanischen Präsidenten; die kalkulierten Provokationen eines Wladimir Putin von der Krim bis nach Syrien; die Krisen und Kriege vor Europas Haustür im Nahen Osten; die Verflechtung eines oft heimischen Terrorismus mit diesen Krisen in Nahost; die Herausforderung durch Massenflucht und Migration – all das zwingt die lange zaudernden Europäer zu schnellem Handeln.

Die Gemeinschaft leidet beim Stichwort Sicherheit aber nicht nur unter einem eklatanten Handlungsdefizit. Hier klafft auch eine Vermittlungslücke zwischen Politikern und Bürgern. Dabei sieht alles auf den ersten Blick so einfach aus: Die Bürger wünschen sich in unruhigen und ungewissen Zeiten mehr Sicherheit. Und den Politikern bietet sich so die Chance, ihren (oft alten) Worten endlich frische Taten folgen zu lassen.

Sicherheit als Gemeingut – das könnte künftig ein zentraler Punkt für das gemeinsame Verständnis von Bürgern und Politikern in der Europäischen Union sein.

Und dieses Gemeingut sollte dann auch – um noch einmal an die Studie „How Europe can deliver“ anzuknüpfen – einen ganz anderen und herausragenden Stellenwert in der neuen, mittelfristigen Finanzplanung der Union erhalten. Sie wäre ein wichtiger Bestandteil und künftig vielleicht sogar dominierender Teil eines zentralen europäischen Budgets.

Und dies wäre auch eine Ausgabe, die logischerweise über eine zweckgebundene (!) neue und EU eigene Verteidigungssteuer finanziert würde. Wenn dafür – auch durch die möglichen großen Einsparungen durch eine Vergemeinschaftung der Rüstungskäufe – nationale Steuern in größerem Ausmaß gesenkt werden können, fände das auch beim Bürger mit seinem gewachsenen Sicherheitsbedürfnis lauten Beifall. Übrigens: Die erste „Reichssteuer“ im Deutschen Kaiserreich war eine zweckgebundene Abgabe zum Aufbau der deutschen Verteidigung.

Titelbild

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

Adresse | Kontakt

Joachim Fritz-Vannahme
Senior Advisor
Programm Europas Zukunft
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81421
Mobil 0172 2772472
Fax 05241 81-681421
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de